

(Unruhe)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich bitte um Ruhe, liebe Kolleginnen und Kollegen. – Bitte schön, Frau Kollegin.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Ich bin Ihnen noch eine Erklärung schuldig. Der Kollege Kraus hat vorhin gesagt, dass sich die GRÜNEN im Europaparlament enthalten haben. Das ist richtig. Das war bei der Schlussabstimmung. Wir haben natürlich alle Anträge abgelehnt, in denen es um die Verlängerung der Genehmigung gegangen ist. Unser Antrag, das Verbot durchzusetzen, hat keine Mehrheit gefunden. Dann hat unsere Fraktion, wie Frau Schorerer-Dremel gesagt hat, all diese Einschränkungen durchgebracht, sei es Sikkation, seien es private Flächen, seien es öffentliche Flächen. Das waren sehr knappe Abstimmungen, teilweise nur mit ein paar Stimmen Unterschied. Um das nicht zu gefährden, um nicht am Schluss die ganze Abstimmung zu kippen, haben sich die GRÜNEN im Europaparlament bei der Schlussabstimmung enthalten. Das ist der Grund: Man wollte diese wenigen Verbesserungen, die man hier erreichen konnte, nicht gefährden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat für ihren Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/11038 "Glyphosat – Klare Position und Schutz der öffentlichen Gesundheit" namentliche Abstimmung beantragt. Ich bitte die Urnen bereitzustellen. – Danke schön. Ich eröffne die Abstimmung. Fünf Minuten. Bitte geben Sie Ihre Stimmkarten ab.

(Namentliche Abstimmung von 16.53 bis 16.58 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich beende die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen. Das Ergebnis wird wie immer später bekannt gegeben. – Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit ich in der Abstimmung fortfahren kann.

Ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/11077 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU-Fraktion. Danke schön.

Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/11041 sowie 17/11043 bis 17/11045 und 17/11078 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen. Damit sind wir am Ende der Beratung der Dringlichkeitsanträge für die heutige Plenarsitzung.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich gebe jetzt die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt.

Bei der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Felbinger und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Verlässlichkeit in der Bildungspolitik: Neunjährigen Bildungsgang am Gymnasium ab dem Schuljahr 2017/18 umsetzen", Drucksache 17/11037 haben mit Ja 15 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 83, Stimmenthaltungen 51. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Beim Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Güll, Wild und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "G9 jetzt!", Drucksache 17/11040 haben mit Ja 35 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 100, Stimmenthaltungen 14. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Symbolische Entschädigung für ehemalige deutsche zivile Zwangsarbeiter schnell und angemessen umsetzen (Drs. 17/9366)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Unser erster Redner ist der Kollege Dr. Fahn. Bitte schön, Herr Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Danke schön, Frau Präsidentin. – Warum haben wir diesen Antrag jetzt gestellt? Ich darf Ihnen zunächst einmal die Antwort von Christian Knauer vorlesen. Er ist BdV-Vorsitzender von Bayern. Er schreibt zu unserem Antrag: Ihr Antrag ist aus unserer Sicht hilfreich. – Das heißt, der Bund der Vertriebenen unterstützt diesen